

für Halle vierteljährlich bei postmässiger Aufstellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Aufstellungsgeld. Zusendungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Im antiken Zeitungs-Verzeichnis unter 'Saale-Zeitung' eingetragen.

für unentgeltlich eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Redaktion nur mit Druckensangelegenheiten zu befragen.

Verlagsredaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1138; des Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 68, I; Telefon Nr. 591 u. 178.

Saale-Zeitung.

Deutsches Reich

werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 68, I. sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Restamen die Zeile 75 Pfg. für Halle und auswärts 1 M.

Erkrint täglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Bauhausstraße 17; Verlags-Geschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 68, I; Telefon Nr. 591 u. 178.

Nr. 534.

Halle a. S., Sonnabend, den 13. November.

1909.

Witwen- und Waisenversicherung.

Der Reichstag wird bald nach dem Wiederzusammentritt vor eine schwierige Frage gestellt sein. Nach der im Zolltarifgesetz von 1902 getroffenen Bestimmung soll am 1. Januar 1910 die Witwen- und Waisenversicherung für Arbeiter in Kraft treten. Durch die lex-Trimborn ist bestimmt worden, daß der zu erwartende Mehretrag aus den wichtigsten Agrarzöllen nicht für allgemeine Reichszwecke verwendet werden, sondern den Grundloos für eine Versicherung der Arbeiter-Witwen und -Waisen bilden soll, die am 1. Januar 1910 in Wirksamkeit treten soll. Die Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Bereits im Februar dieses Jahres hat der Staatssekretär des Innern v. Bethmann Hollweg erklärt, der schöne Traum, daß die Gelder der lex-Trimborn die Einführung einer Hinterbliebenenversicherung ermöglichen würden, werde sich nicht verwirklichen lassen. Man werde die Hinterbliebenenversicherung auf feste Beiträge des Reiches stellen müssen, unter Zuzug von Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es verlaute, daß der Bundesrat jetzt eine Vorlage zur Abänderung der Bestimmungen des Zolltarifgesetzes einbringen wird. Es wird tatsächlich auch nichts übrig bleiben, als den Termin für das Inkrafttreten der Witwen- und Waisenversicherung erheblich hinauszuschieben. Dieser sind die dem Fonds zugeflossenen Einnahmen schwächer gewesen, daß darauf eine gesetzliche Hinterbliebenenversicherung nicht aufgebaut werden kann.

Die Freijünglinge haben sich seinerzeit nicht entschließen können, für die lex-Trimborn zu stimmen, und die Bedenken, die sie geltend machten, hat die Erfahrung als voll berechtigt bestätigt. Wie lag die Situation im Jahre 1902? Die überwiegend agrarische Zentrumsfraktion war bereit, für die Zolltarifänderung auf landwirtschaftliche Produkte einzutreten. Sie hatte aber Rücksicht auf ihre nicht-agrarischen Wähler, namentlich auf ihre Industriearbeiter, zu nehmen, und da mußte der Sache ein beschränkendes Dekret angehängt werden. Dieses notwendige Beschränkungsdekret, das allerdings bedenklich kurz geraten ist, verleierte der Wg. Trimborn, indem er beantragte, in das Zolltarifgesetz die Bestimmung aufzunehmen, daß das zu erwartende Mehr aus den wichtigsten agrarischen Zöllen zunächst nicht für allgemeine Reichszwecke verwendet werden, sondern dem Grundloos bilden sollte für die Versicherung der Arbeiter-Witwen und -Waisen, die am 1. Januar 1910 ins Leben zu treten hätte. Die sozialdemokratische Partei war verblendet genug, diesen Antrag zu unterstützen, obwohl schon die Grundzüge ihres Programmes ihr davon hätten abraten müssen. Denn so notwendig im sozialistischen Standpunkt eine Rentenversicherung sein mag, so verfehlt war es, zu ihrer finanziellen Deckung die Zölle auf die notwendigen Lebensmittel heranzuziehen, da ja dadurch diese Zölle, deren Abschaffung doch das Programm der Sozialdemokratie fordert, zu einer dauernden Institution erhoben wurden. Aber noch viel durchschlagender waren die tatsächlichen Erwägungen, die gegen den Antrag Trimborns sprechen mußten. Dieser Antrag bedeutete die Brücke, auf der die Zentrumsfraktion in das Lager der „Nichts-als-

Agrarier" auf der rechten Seite hinübermarschieren konnte. Kam diese Brücke nicht zustande, so hatte das Zentrum auch keinen Vorwand, für die hohen Sätze des Zolltarifs zu stimmen, und diese hätten dann keine Annahme gefunden. Trotzdem stimmten am 21. Januar 1902 - außer dem Zentrum, sowie 13 Nationalliberalen und 13 Mitgliedern anderer Parteien - 37 Sozialdemokraten für den Antrag Trimborn, so daß dieser mit 143 gegen 106 Stimmen angenommen wurde. Ohne die Zustimmung der Sozialdemokratie wäre der Antrag mit 143 gegen 106 Stimmen abgelehnt worden.

Es liegt auf der Hand, daß die Heranziehung der landwirtschaftlichen Zölle zu den Kosten der Rentenversicherung eine Bewegung der Lebensmittelpreise bedeutet, vielleicht sogar eine weitere Erhöhung dieser Zölle notwendig machen würde, falls die Erträge für den Zweck der Versicherung nicht ausreichen. Zum Glück sind aber die Verschärfnisse so zwingend, daß es selbst bei dem redlichsten Willen nicht möglich sein würde, dauernd die Agrarzölle mit der Hinterbliebenenversicherung zu verquiden. Das ist schon deshalb unmöglich, weil die Einnahmen aus diesen Zöllen überaus schwankend sind und sich jeder Vorherberechnung entziehen. Nachdem einmal beschlossen ist, daß eine gesetzliche Versicherung der Arbeiterwitwen und -Waisen durchgeführt werden soll, wird es nicht ratsam sein, diesen Plan aufzugeben. Aber man darf gespannt darauf sein, was der Bundesrat vorschlagen wird, um den vorhandenen Schwierigkeiten wirksam zu begegnen. Vor allem wird es Sache des Zentrums sein, den Wechsel einzulösen, den es beim Zolltarifgesetz ausgeführt hat.



Deutsches Reich.

Kein Wechsel im Reichsmarineamt.

(Von unserm # - Korrespondenten.)

Berlin, 13. Nov. (Priv.-Telegr.)

Von einer Seite, die mit der Stimmung an maßgebender Stelle vertraut zu sein pflegt, wird uns versichert, daß sich Herr von Tirpitz nach wie vor der Verschärfung des Kaiser's Erbes und daß mit einem Rücktritt in Verbindung mit der Kaiser's Verfallstafel keineswegs geredet wird. Herr von Tirpitz wird über die Materie dem Kaiser anlässlich der jehigen Hofjaden in Jävenitz eingehend Vortrag halten, der es vielleicht mit sich bringt, daß an den leitenden Stellen der Marine eine Personalverschiebung eintritt. Aber auch dies wird lediglich von der Auffassung des Kaisers abhängen, denn Herr von Tirpitz wäre eher geneigt, einen etwaigen Anteil der Schuld an den Vorwommern auf seine Schultern zu nehmen, als daß er für eine Personaländerung aus Anlaß des jetzt schwebenden Prozesses eintreten möchte.

Sparbarkeit im Reichshaushalt.

Einem sehr praktischen Vorschlag, um zu wirklich guten Resultaten auf diesem Gebiete zu kommen, mag die Zeitschrift "Fortschritt" des Reichstagsabgeordneten Dr. Leonhart. Es wird dort die Einsetzung einer unabhängigen Reichskommission angedeutet, die bei Marine, Marine, Post, Eisenbahn usw. feststellt, an welchen Stellen und in welcher Weise Ersparnisse erzielt werden können, und die gleichzeitig den finanziellen Effekt dieser Ersparnisse berechnet. In diese Kommission sind inaktive Beamte und Offiziere verschiedener Kategorien sowie tüchtige Kaufleute zu berufen. Sollte dies verfassungsmäßig nicht zulässig sein, dann müßte diese Kommission vom Reichstage aus der Mitte der Volkserwählte ernannt werden.

Naturngemäß können ins Gewicht fallende Ersparnisse nur bei großen Ausgabenposten gemacht werden, und es ist wohl jedem begrifflich, daß bei der Vergebung der Lieferung eines Linienfahrers im Werte von über 40 Mill. oder bei Vergebung von 100 Lokomotiven oder Eisenbahnwagen mehr erspart werden kann, als bei der Lieferung von Schreibpapier für eine Behörde. Hier muß mit einer scharfen Sonde genau unterfucht werden.

Den älteren Marineangehörigen wird wohl der beschäftigte Warneböck-Prozess noch im Gedächtnis sein, der auf das Lieferungsverweigen der Kaiserlichen Werften seinerzeit ein eigentümliches Licht warf. Auch jener Vertrag, durch welchen der Firma Dehse & Pöhlner das Gasmonopol für die Marineanlagen und die Stadt Wilhelmshaven auf die Dauer von 50 Jahren übertragen wurde, ist ein großes Beispiel dafür, wie es nicht sein soll. In beiden Fällen waren die Verträge von höheren Verwaltungsbeamten (Juristen) aufgestellt und abgeschlossen worden.

Die Schatten, die die Reichswertzuwachssteuer wirft.

Man schreibt uns: Für eine Wertzuwachssteuer für das Fürstentum Lippe-Deimold plädiert sehr energisch der lippsche Landtags- und Reichstagsabgeordnete Dr. Neumann-Johler. Gerade mit Rücksicht auf die bevorstehende Reichswertzuwachssteuer sollte man, so meint er, diese staatliche Zuwachssteuer schaffen. Denn, wenn wir diese Steuerquelle für uns flüssig gemacht haben und sie uns dann vom Reiche entzogen wird, so haben wir nach den üblichen Grundgesetzen eine Entschädigung vom Reiche zu beanspruchen. Freilich ist im Reichstage gesagt worden, daß eine solche Entschädigung nur da in Frage kommen dürfte, wo die Wertzuwachssteuer bereits vor dem 1. April 1909 in Geltung gewesen sei. Ob das aber wirklich Gesetz wird, ist um so fraglicher, als ich das Zustandekommen der Reichswertzuwachssteuer bereits für 1912 unter allen Umständen für fast ausgeschlossen halte. Und unsere Position in dieser Beziehung könnte dadurch wesentlich gebessert werden, daß wir der Zuwachssteuer rückwirkende Kraft über den 1. April 1909 hinaus

Feuilleton.

Peter Cornelius und Wagner.

Vor nunmehr einem Vierteljahrhundert ist in seiner Vaterstadt Mainz der Dichter-Komponist Peter Cornelius geboren; zwei Monate vor seinem 50. Geburtstag war er der deutschen Kunst entzogen worden. Obwohl er zu bereits den Jahren nach des Lebens Höhe erreicht hatte, stand er als Schaffender noch in der ersten Blütezeit der Jugend; nach langem Ringen, nach manchen Niederlagen hatte er den Weg zur sicheren Meisterschaft gefunden, Wert auf Weltanerkennung nun seiner selbstbewußten, amüsierten Natur, sein Name ging gerade an weiteren Kreisen bekannt zu werden. Erst spät hat die Nachwelt sich gemacht, was die Mitwelt nicht mehr sehen konnte, und heute, an seinem 25. jährigen Lebensabend, stehen wir der Kunst dieses Liebesmeisters näher denn je zuvor.

Sein "Barbier von Bagdad" erscheint neben Wagners "Meisterliedern" als die schönste deutsche komische Oper, in der der Ideal-Jugendbildner Schwärmern, ein "Kritikergesellen" sein "Cid" ist erst jüngst wieder mit großem Beifall unserer Opernbühnen gewandt worden; sein ganzes Werk steht in einer schönen, von seinen Kindern pietätvoll herausgegebenen Ausgabe vor uns; seine Kinder werden überall geliebt; seine langjohnten, schicht-innigen Gedichte sind in der charakteristischsten Auswahl verbreitet. Der beispiellose anpreisende Künstler hat wohl selbst eine solche allgemeine Anerkennung nicht geahnt; er rüßte sich als "Rebenknecht" der Weihnacht von 1824, der ihn der Welt bekannt machte in ihm ein wunderliches Weihnachtssäumchen schlendern lassen, so meinte er lächelnd, in dessen fröhlich schillerndem Pflanzwerk allehand Schürzen und mädchenhafte Hüden hineingehängt seien. Aber der stille gültige Schöpferkraft tief bewußt und hat sein kostbares Talent seinen Kinderkreisen im mannhaften Kampfen gegen Wagners übermächtigen Einfluß sich bewahrt. In die Spätre-

der Wagnerischen Zukunftsmusik trat er, als er 1852 in Weimar Schüler und Freund Liszts wurde.

Als ein begehrtester Verehrer, als hingebender treuer Helfer kam der junge Musiker dem größeren Meister bald nahe und machte die dramatischen Formen, wie sie Wagner in seinen ersten Werken schuf, in seinen "Barbier" auf das Gebiet der komischen Oper an. Wie herzlich und opferfreudig er dem Meister ergeben war, beweist seine Fahrt in strenger Winterkälte von Wien nach Mainz, um die Meisterfeier zu hören.

"Peter! Hör!" schrie Wagner an ihn, "am 5. Februar, abends, lese ich in Mainz bei Schott's die Meisterfeier vor. - Du hast keine Ahnung davon, was das ist, was es mir ist, und was es meinen Freunden sein wird! Du müßt an dem Abend dabei sein! Daß Dir logisch von Grundhärter in meinem Namen das zur Reise nötige Geld vorstehen. Ich habe schon mehr Geld für's Theater verdient. Jetzt will ich einmal eine tiefe Freude davon haben. Rühste keine Strapaze; es wird, glaub' mir, ein heiliger Abend, der Dich alles vergessen läßt! Also Du kommst! Wenn nicht, bist Du auch ein gemöhnlicher Kerl, etwa ein „guter Kerl“ und ich nenne Dich wieder Cid! Adieu,

Dein Richard."

Und Peter kam. Wie in Schillers Königskind war's; die Ehrenbahnen waren verperirt; Schopenhauer konnte den Verkehr, Gefahr überall. Nach alles nichts; Schlag des Meisters kam am 5. tritt mein Cornelius ein, und andern Tags reiß er wieder nach Wien zurück. Dieser ganze Besuch war doch überhaupt recht mährchenhaft, schrieb Wagner nachher an den Freund. "Wie das nur alles zugeht! Der gute Engel war mit Dir fort, wie er mit Dir kam."

Doch in Cornelius' seiner zarter Seite leuchtete sich allmählich etwas auf gegen die Ueberwaltung der Wagnerischen Musik, die den leisen innigen Klang seiner inneren Melodien in ihm überdörte. Das Studium der Tristan-Partitur, das ihn mitten in der Arbeit an seinen "Cid" möglich in andere Sphären zog, bereitete ihm schwere Konflikte. Als in Wagners Leben der glückliche Umchwung eintrat, als er nach München in Macht und Glanz kam, da berief er auch seinen

treuen Peter zu sich und garantierte ihm ein sorgenfreies Leben. Aber obwohl Cornelius in öfterer Not war und schon daran gedacht hatte, einen Souffleurposten anzunehmen, wollte er doch nicht seine Selbstständigkeit in Wagners Diensten aufgeben.

"Ich sollte ganz kurwenal werden", schreibt er, "Wagner begreift nicht, daß ich dazu, bis zur Hundstunde, manche ganz entsprechende Eigenschaften habe, aber leider ein einzig bißchen Selbstständigkeit im Charakter und Talent zu viel, um diese Kunst hinter seiner Eins zu sein. Ein Höriger schreibt keinen "Cid". Auch wäre ich nur ein Art geistiges Mädel für ihn ohne Einfluß auf sein Leben, soweit es tiefer liegt. - Ich habe mich Wagner nie aufgedrängt. - Ich freute mich herzlich seiner Freundschaft, und bin ihm aufrichtig gutgetan in Wort und Tat. Aber sein Leben teilen - das lockt mich nicht. Ich habe so was würdevoll. Mit Liszt. Da tat ich alles nach, aus innerem Lebensdrang. Unterdessen bin ich ein Mann geworden, und will meinen Winkel für mich in der Welt haben, wie der Hund seine Hütte. - Seit mir, ich bin ein freier Mann - es fehlt noch viel, daß alles gut sei, aber kein Koder, keine Angel fängt mich ein."

Und schließlich nahm er aus äußeren Gründen doch die Berufung nach München an, obwohl eine tiefe Stimme ihm sagte: "Geß" nicht hin!, obwohl er vorausahnte, Wagners Atmosphäre hat eine große Schwüle, er verbrennt und nimmt mir die Luft." Wagners heißer schwüler Geist war mir nur ein Freilicht, befand er ein andrer Mal. "Meine Kunst soll eine hellere, einfache, beglückende sein, im Boden des Volkes, der Sitte wurzeln, nicht die eitle, sinnentleere Liebe und mit ihr das eitle Selbst an Gottes Statt setzen." In München aber gehörte er zu Wagner und ward in die Kämpfe des Meisters verwickelt.

Sein großer Verehrer, der große Meister Peter von Cornelius, der ihn während seiner ersten Berliner Zeit freundschaftlich ausgenommen hatte, sagte damals zu ihm: "Süß, Peter, das sag ich dir, wenn du mir die „Zauberflöte“ und den „Don Juan“ unter den Tisch wirfst, dann schlage ich dir die Knochen im Reibe entweil!" Nun, Peter Cornelius ist dem Geiste Mozarts auch in München recht untergekommen.



geben." Neumann-Hofer kommt zu dem Resultat, daß die Vorgänge im Reichstag für uns in doppelter Hinsicht den Anlaß geben können, die Sache ruhig zu lassen, daß sie eher dazu drängen, sie so schnell wie möglich zum Abschluß zu bringen."

Von den künftigen Gemeinden ist es bekanntlich die Stadt Salsingen, die angeführt der dortigen besonderen Verhältnisse nicht selten die Einführung einer Wertzuwachssteuer hindert. Der Senator Wülfing hat nun die Regierung durch die Vorlage eines Entwurfs Rechnung getragen, der nach Befreiung der ersten Leistung im Monat des Landtages jetzt dem Finanzamt zur Vorbereitung vorliegt.

Diese Vorlage geht davon aus, daß den einzelnen Gemeinden die Einführung einer Wertzuwachssteuer innerhalb bestimmter, geschlechtlich festgelegter Grenzen gestattet wird, und daß ein Teil des Steuerbetrages an den Staat abzuführen ist, der aber gehalten sein soll, den Betrag im Interesse der scheidenden Gemeinde zu verwenden. Neumann-Hofer wünscht nicht, daß eine allerdings nicht geringere finanzielle Wertzuwachssteuer für das ganze Land abhängrig eingeführt wird, und daß es den Gemeinden überlassen bleibt, innerhalb gewisser, festzulegender Grenzen dazu zuzuschlagen zu erheben.

Friedensrede eines deutschen Botschafters.

— Aus London wird gemeldet: Der deutsche Botschafter Graf Wolff-Meternich flutete gestern nachmittags der Börse in Manchester einen Besuch ab. Der Botschafter, dem von Vorstand und Besuchern der Börse ein durchaus herzlicher Empfang zuteil wurde, dankte für die freundliche Aufnahme und erklärte, daß er in der friedlichen Betätigung des Erwerbswesens, wie er an der Börse zutage trete, eine Bürgschaft für den internationalen Frieden erblicke. Am Abend veranstaltete die Handelskammer zu Ehren des deutschen Gastes ein Bankett, bei dem der Botschafter eine längere Rede hielt. Er dankte zunächst für die ihm in Manchester wiederholt erwiesene Gastfreundschaft und verließ seiner Zuversicht für die Erhaltung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der deutschen und englischen Nation Ausdruck.

Handwerk und Sanjabiner.

Der Vorstand des Verbandes Deutscher Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen, der in Darmstadt tagte, hat in einer Resolution die Gründung des Handabendes im patriotischen Geiste begrüßt. Er erklärt in der Vereinigung von Gewerbe, Handel und Industrie, wie sie der Handabende anstrebt, ein wirksames Mittel zur Erreichung wirtschaftlicher und wirtschaftlich-patriotischer Ziele für die genannten Erwerbsgruppen, unter denen das deutsche Handwerk als der wichtigste der ältesten Kulturaktoren nicht fehlen dürfe. Durch die Berufung des Obermeisters ist in das Präsidium des Bundes die Gewähr gegeben, daß die Handwerkerinteressen im Handabende eine gute Vertretung finden würden. Es wäre nach Ansicht des Verbandesvorstandes ein unversöhnlicher Fehler, wenn das deutsche Handwerk die hier gebotene Gelegenheit, einer großen, wirtschaftlichen Interessenvertretung sich anzuschließen, veräumen würde. Die von dem Bundes anerkannte Gleichberechtigung aller Erwerbsstände der Industrie, des Gewerbes, Handels und Handels ebenso wie der Landwirtschaft sollte eine vernünftige oder Schädigung der Handwerkerinteressen als ausgeschlossen erscheinen, ohne das Ansehen des Bundes und das Vertrauen zu seinem Programm in dem ganzen Reich auf empfindlichste geschädigt und zerstört würde. Dem deutschen Handwerkerstand sollte daher der Handabende bei jeder ersten Erfolg im Kampf um seine notwendigen Lebensforderungen willkommen sein.

Das deutsch-englische Handelsprotokoll.

Das deutsch-englische Handelsprotokoll ist abgemacht und verlängert worden. Durch das Gesetz vom 16. Dezember 1907 war bekanntlich der Bundesrat ermächtigt worden, den Angehörigen und den Erzeugnissen des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, sowie den Angehörigen und den Erzeugnissen britischer Kolonien und auswärtiger Besitzungen die Vorteile der meistbegünstigten Nation einzuräumen. Das Gesetz verliert mit dem 31. Dezember d. J. seine Wirksamkeit. Dem Reichstag wird insofern nach seinem Zusammentritt ein Gesetzentwurf zugehen, der dem Bundesrat die gleiche Ermächtigung für die Zeit bis zum 31. Dezember 1911 erteilen soll.

Aus den Kolonien.

Erste Afrikadurchquerung durch eine deutsche Frau.

DKG. Am 12. Oktober ist Hauptmann a. D. Schloffer mit seiner Gattin in Matani an der Kongoinmündung eingetroffen, nachdem er am 3. September von Urdibi westwärts aufgebrochen war. Frau Schloffer ist nach der „Deutschen Kolonialzeitung“ damit die erste Deutsche, die den dunklen Erdteil von Indisch bis zum Atlantischen Ozean durchzogen hat. Sie hat, wie allgemein bekannt, ihren Gatten schon mehrmals nach Ostafrika begleitet und besitzt ausreichende afrikanische Erfahrungen, hat sie doch sogar einmal am Tanganjika während dessen Monate dauernder Abwesenheit seine Stelle vertreten. Das Ehepaar überfuhr zuerst auf der „Hedwig Wilmann“ — immer noch der einzig gute und seetüchtige Dampfer auf dem großen See — den Tanganjika, ging auf der belgischen Station Baraka an Land und marschierte von dort durch die von der Schafttracht fast entdörrten Mangoschwälder nach Kongo, der alten Krabbeniederlassung am Quana-Kongo. Von dort wurde der Weg zur Westküste fortgesetzt in Kähnen, Dampfern und Eisenbahnen. Die 3000 Kilometer lange Strecke von unterm deutsch-afrikanischen Urdibi zur afrikanischen Westküste ist also in 40 Tagen zurückgelegt worden. Eine beachtenswerte Leistung für eine Dame und wahrscheinlich ein Rekord. Bis her von Damen nur eine Belgierin Afrika von Ost nach West durchquert.

Partei-Nachrichten.

Wahlrechtung gegen — Erbschaftsteuer.

L. C. Ein wertvolles Bekenntnis tat der konservative Landtagsabgeordnete Malzermeister Hammer, als er in einer Wahlversammlung im Kreise Landsberg-Soldin sich wie folgt über die Erbschaftsteuer-Frage äußerte: „Die Konventionen sind bereit, für später eine derartige Steuer einzuführen, aber nicht eher, als bis mit einem ver-

dernten Wahlrecht die Besitzlosen, die heute im Reichstag eine so große Rolle spielen, daraus entfernt sind, weil wir sonst Gefahr laufen, expropriert zu werden.“

Also Wahlrechtung gegen Erbschaftsteuer, — dies ist das Programm der Konventionen. Und diese Verschieden, die hier ganz offen den Staatsreich von oben propagieren, spielen sich als die patientierten Schächer des Staates auf! Sie wollen dem Volke sein Wahlrecht rauben, um dann ganz unter sich zu sein und demselben Volke die Taschen auszufallen, die sie für gut befinden: Das Volk soll zahlen, aber nichts zu sagen haben — das ist konervative Staatskunst! Wir danken Herrn Hammer, daß er uns in seiner Radicalität einen Blick hat tun lassen in die wirklichen Pläne der Konventionen.

Schwabst im Kreise Landsberg-Soldin. Bei den Reichstagswahlen in Landsberg-Soldin für den verstorbenen Abgeordneten Bänning wurden für Holsche (kon.) 9469, für Boegel (soz.) 7555 und für Schöppe (liberal) 6377 Stimmen abgegeben. Es findet also Stimmzahl zwischen Holsche und Boegel statt. — Der Wahlkreis Landsberg-Soldin (Frankfurt 2) wurde seit 1903 durch den Deutsch-Konservativen Gutsbesitzer Adalfr. Kumbert Bänning vertreten. Bei der Reichstagswahl am 25. Januar 1907 wurde Bänning mit 13 828 Stimmen gleich im ersten Wahlgang gewählt. Die Sozialdemokraten brachten es damals auf 6477, die Freisinnige Vereinigung auf 6176 Stimmen.

Man darf einigermassen auf das Stichwahlresultat gespannt sein. Alles hängt ab von der Haltung der Freis. Vereinigung, die bei dem Stimmzuwachs der Sozialdemokratie den Ausschlag geben dürfte. Soweit wir aus gut unterrichteter Quelle in Landsberg selber orientiert sind, werden die Freisinnigen alles daran setzen, daß der Wahlkreis nicht wieder in konervative Hände übergeht.

Kleine politische Nachrichten.

Die Revision des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrages ist soweit geblieben, daß voraussichtlich heute abend die Schlussprüfung der Delegierten stattfinden wird. Nach sicheren Informationen kommt ein neuer Vertrag zustande, mit dessen Wählung die Delegierten bereits beschäftigt sind.

Aus der Karlsruher Arbeitlosenversicherungskonferenz.

Aus Karlsruhe wird uns geschrieben: In der gestrigen Sitzung der Konferenz für Verbesserung der Arbeitlosenversicherung fand am Schluß Minister v. Bodmann das Ergebnis der Konferenz zusammen. Die Arbeiter können darauf hoffen, daß die Arbeitlosenversicherung kommen werde, nur bei noch nicht die geeignete Form gefunden. Die Arbeiter sollten überzeugt sein, daß, wenn die Versicherung zur Zeit auf Widerstand stöße, dafür triftige und sachliche Gründe vorliegen. Zur weiteren Behandlung der Frage des Ausbaues der Arbeitlosenversicherung wird eine Kommission eingesetzt werden.

Beilegung der Differenzen in der Offenbacher Schuhindustrie.

Das Ergebnis der zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter der Offenbacher Schuhindustrie geführten Verhandlungen ist Beilegung der Differenzen auf Grund der vor ungefähr 14 Tagen in der Schuhfabrik von Herz in Frankfurt a. Main getroffenen Abmachungen. Die gegenseitige Kündigung ist infolgedessen gegenstandslos.

Hof- und Personennachrichten.

* Vom ersten Jagen auf der Leichter Höhe kehrte der Kaiser mit den Jagdgesellschaften bei einbrechender Dunkelheit zum Jagdschloß zurück, wo um 7 Uhr Abendessen stattfand.

Zu Ehren der Herzogin von Hohenberg fand gestern abend bei der Kronprinzessin im Marmorpalais eine Abendtafel statt, zu der die Kaiserin mit der Herzogin von Hohenberg erschienen waren. Es waren geladen: Die Kronprinzessin von Griechenland, Prinz und Prinzessin August Wilhelm, sowie Prinzessin Viktoria Luise von Preußen, Prinz Georg und Prinzessin Helene von Griechenland, Erbprinz zu Salm-Salm mit Gemahlin, Oberhofmeisterin Gräfin Brodorski, Oberhofmeisterin Freiin von Tiele-Winckler, Staatsdame Fräulein von Gersdorff, Hofmarschall Graf von Bismarck-Böhlen, Kabinetsrat Dr. von Behr-Rimow und Kammerherr von Wilsnagel. — Am Nachmittag hatte sich die Kaiserin mit der Herzogin nach kurzem Besuch des Potsdamer Stadtschlosses nach Berlin begeben.

* Graf von Hohenhausen, Oberleutnant im 1. Garde-Dragoonen-Regiment, ist an Stelle des Hauptmanns von Schwartzenberg, der zum persönlichen Adjutanten des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen ernannt wurde, zur Dienstleistung beim Auswärtigen Amt als Adjutant des Reichskanzlers kommandiert.

* In Kieler Marinekreisen ist das Gerücht verbreitet, Kaiser und Kaiserin beschließen, im Februar u. J. eine Mittelmeerreise zu unternehmen und diese bis nach Peruja in Italien auszudehnen. Die Arbeiten auf der Kaiserjacht „Hohenoller“ werden so gefördert, daß das Schiff Ende Januar keckbar sein kann. Eine Bestätigung dieses Gerüchtes bleibt abzuwarten.

Ausland.

Kriegsstimmung in Italien.

(Erinnerungen und Hoffnungen.)

Paris, 12. Nov. Die gegen Oesterreich gerichteten kriegerischen Worte, die Generalkommandant von Vignani di Bernicco, Kommandant des dritten italienischen Armeekorps in Aquila bei Brescia, anlässlich der Fahnenweihe des neuerwählten Oberbefehlshabers aussprach, haben hier um so größeren Eindruck gemacht, als man in Paris weiß, daß Vignani zu den vom König bevorzugten Generälen gehört. Man bringt die Sprache des genannten Chefs mit gewissen diplomatischen Schwierigkeiten in Beziehung, die zur Verlegung des österreichischen Botschafters Grafen Ljuchow auf dem Posten beim Quirinal geführt haben.

□ Das militärische Pronunziamento bei der Fahnenweihe in Brescia, worüber wir bereits kurz berichteten, mußte in Oesterreich-Ungarn sehr unliebsam be-

trüben erregen und vielleicht auch peinliche Folgen haben. Neben dem Kaiser ist überpartisanischer Offizierskorps vorläufig zwar nicht gesehen, dessen aber von Wien abgesehen erhoben werden, doch unermüdeten Fortschritts seinen alarmierenden Charakter zu nehmen.

„Messaggero“ glaubt hervorheben zu müssen, daß der diplomatische Korps bei dem Diner, das Tittoni in der Diplomatie zu Ehren von König Viktor Emanuel Gutschke König und das königliche Haus ausbrachte. Dasselbe weiß aber auch auf den Überfall hin, den die Rede des Generalleutnants Vignani erwecken mußte, in einer Stadt, die wenige Schritte von der österreichischen Grenze lag, und endlich habe einmal ein italienischer General den Mut geäußert, die kriegerischen Reden des Mut geäußerten italienischen Admirals Montecuccoli eine Antwort zu General gesagt: die Fahne in der Hand, werde ich nicht von seinem Blick nach dem Osten, nach der Grenze, hinter der italienische Städte und italienische Brüder nach dem Westeuropa erwarten. Von Brescia sehe man die Spitze, hinter denen die unzähligen italienischen Dänen das Werk der Befreiung durch italienische Soldaten erwarteten.

Während der österreichische Kronprinz Gast des kaiserlichen Kaisers ist, kommt obige Nachricht wie ein Franzosenstich über die Alpen und erhellt wie ein Italiens zu den beiden andern Dreihunderten. Man fragt sich unwillkürlich, wozu das Säbelgeräusch, wenn nicht hinter dem Aktur ein erster, gefährlicher Protest steht. In der lombardischen Ebene haben Oesterreicher tapfere Truppen so oft geblutet, als daß nicht jetzt bei solcher Herausforderung in der uns verbundenen Armeebittere Erinnerungen und heiße Rachegefühle danken aufsteigen müßten und werden. Wir sind überzeugt, daß, wenn wegen der Balkanfrage es zu einem kriegerischen Konflikt kommen sollte, Rachegefühle der kriegerischen Fahnen in einem kriegerischen Kriege gegen das nachhafte Italien, dessen treulose Politik eine harte Prüfung verdient, mit frischen Vorbeereifern umwunden werden.

General Asinari pensioniert.

Die herausfordernde Rede, die sich der italienische Generalkommandant Vignani bei der Fahnenweihe in Brescia leistete, hat eine rasche Sühne durch die sofortige Pensionierung der schuldigen Militär gebracht. Eine halbamtliche Mitteilung begründet die Verabfolgung damit, daß der General eine Rede gehalten habe, die „irreführendem Sinne ausgelegt“ worden ist. Der Kriegsminister hatte den General alsbald aufgefordert, sich zu dem von den Blättern veröffentlichten Text seiner Rede zu äußern.

Nom, 12. Nov. Einer Darstellung der „Neuen Freien Presse“ gegenüber, wonach der italienische Minister des Auswärtigen Tittoni bei der Begegnung in Salzburg im voraus seine Zustimmung zu der Anexion Bosniens und der Serbegowina erteilt hätte, bemerkt die „Tribuna“, sie habe seit dem 10. Oktober 1906 Gelegenheit gehabt, den Sachverhalt festzustellen, und habe nichts daran zu ändern. Sie habe damals u. a. gefordert, man solle die italienische Seite für die vorläufige Zustimmung zur Anexion Bosniens und Serbegowina verantwortlich machen, daß man diesem lediglich nach der Bestätigung der Anexion zu Ende September die Möglichkeit einer Zustimmung anerkannt habe, bedingt jedoch durch den Verzicht auf die Artikel 25 und 29 des Berliner Vertrags und ohne jedes Präjudiz für die von England aufgenommene formale Frage der Notwendigkeit eines Eintretens der Signatarstaaten des Vertrages. Die „Tribuna“ wendet sich ferner gegen den Versuch, die Erklärungen, die Tittoni am 5. September 1906 in Salzburg einigen Zeitungskorrespondenten gab, abzuändern oder zu entstellen, und veröffentlicht hierzu einen Brief des römischen Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“, der die Darstellung der „Tribuna“ im wesentlichen bekräftigt.

Keine Aufrollung der Kretastrage.

Aus Konstantinopel wird uns gemeldet: Der russische Botschafter Tschirapow hat gestern eine längere Unterredung mit dem Großvezir und dem Minister des Aeußeren bezüglich der Kretastrage der inneren Lage Petersburger Kabinetts betraucht infolge der inneren Lage Griechenlands den Augenblick für wenig günstig erwägt, die Kretastrage aufzurollen. Die gleiche, wenig befriedigende Antwort werden heute Frankreichs und Italiens gegeben werden, daß die Sparte sich mit diesem Verlaufe begnügen wird.

Kleine Tagesnachrichten.

Die Tschechen und das Kabinett Wien. Aus Wien wird gemeldet: Gestern fand verlautele mit großer Beteiligung, daß die Konstitution des Kabinetts wieder in den Vordergrund trete. Die Tschechen wiederholen, daß sie mit dem Kabinett in jetziger Form nicht in Verhandlungen treten wollen.

Estajiser Eugenie erkrankt.

Die Familie Bonaparte erhebt aus Frankreich nach England erste Nachrichten über die zunehmende Schwäche der Estajiser Eugenie.

Demission des französischen Finanzministers. Finanzminister Cochery hat gestern abend dem Kabinett seine Demission angeboten. Briand soll vorgeschlagen haben Kollegen eingeweiht haben, um ihn von seinem Amte abzubringen. Briand soll alsdann das Finanzministerium gelehrt haben, der es auch angenommen hat. Cochery vertritt die Ansicht, daß neue Steuern unvermeidlich seien, daß aber die Kammer eine Gegnerin neuer Steuern sei.

Zum Präsidenten der russischen Reichsduma für das neue Sessionsjahr wurde Schomilow mit 212 gegen 103 Stimmen, zum ersten Vizepräsidenten Fürst Wolostowski ernannt; am 12. November wurde der zweite Vizepräsident wurde der Staatsrat Schadowitski.

